

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/11.

Bonn, den 16. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Wende im Verhältnis Bonn - Paris	90

Nach dem Treffen de Gaulle - Kiesinger - Couve de Murville - Brandt  
Von Günter Markscheffel

3 - 5	Chance für eine neue Gesundheitspolitik	107
-------	---	-----

Macht das Berliner Beispiel in Bonn Schule?  
Von Herbert Weise

5	Ferien für 30 000 betagte Bürger	29
---	----------------------------------	----

Fünf Jahre hessisches "Altenerkholungswerk"

6 - 7	Nach dem Regierungswechsel	69
-------	----------------------------	----

Auf dem Wege zu einem modernen Griechenland  
Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

+ + +

Wende im Verhältnis Bonn - Paris

Nach dem Treffen de Gaulle - Kiesinger - Couve de Murville - Brandt

Von Günter Markscheffel

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland werden in Zukunft gemeinsam und auch in Form einer Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen um die Entkrüpfung des Ost-West-Verhältnisses in Europa fortsetzen. Dieses Ergebnis der Pariser Besprechungen dürfte eine entscheidende Wende in den deutsch-französischen Beziehungen darstellen, zumal Staatspräsident de Gaulle während der Verhandlungen in Paris weder in den Gesprächen mit Bundeskanzler Kiesinger noch bei den gemeinsamen Erörterungen mit den beiden Außenministern die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland zur Diskussion gestellt hat. Paris und Bonn sind entschlossen, rein pragmatisch und ohne weitreichende juristische Fixierungen alles zu tun, was dazu beitragen kann, um erstens die Vorstellung in den Hauptstädten der Ostblockländer abzubauen, daß die Bundesrepublik Deutschland revanchistisch sei, und zweitens durch gemeinsame wirtschaftliche Vorhaben das gegenseitige Vertrauen in die Möglichkeit einer gesamt europäischen Politik zu stärken.

Auf deutscher und französischer Seite wurde betont, daß dieses Ergebnis des ersten Zusammentreffens zwischen Bundeskanzler Kiesinger, Außenminister Brandt, Staatspräsident de Gaulle und Außenminister Couve de Murville wesentlich wichtiger und für die Zukunft Europas entscheidender sei als die Tatsache, daß zwischen Bonn und Paris in einigen anderen Fragen der internationalen Politik noch keine Übereinstimmung erzielt werden konnte.

Berichte, wonach die französischen Gesprächspartner ein Einschweigen der Bundesrepublik auf die französische Haltung in der Frage des Krieges in Südvietsnam gefordert hätten, wurden dementiert. Tatsache ist, daß im Verlauf der Gespräche von französischer Seite angeboten wurde, der Bundesrepublik detaillierte Darstellungen der französischen Auffassungen zum Konflikt in Vietnam zu geben. Diese Bereitschaft der Franzosen ist im Rahmen der im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehenen Konsultationen durchaus normal.

Es herrschte in Paris auch Übereinstimmung in der Frage, wie mit Auslaufen der NATO-Verträge im Jahre 1969 die gegenseitige deutsch-französische Fühlungnahme in Richtung auf eine Entspannungspolitik in Europa verstärkt werden könne. Hierbei wurde von deutscher Seite und unwidersprochen von den französischen Gesprächspartnern darauf verwiesen, daß eine Revision oder das Überdenken der bisherigen NATO-Politik nicht zu einer einseitigen Schwächung der Verteidigungsmöglichkeiten der freien Welt führen dürfe.

Einen breiten Raum bei den Gesprächen zwischen den deutschen und den französischen Außenministern sowie den Staatssekretären und Botschaftern nahmen die Fragen der Aktivierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages in Anspruch. Hierbei wurde vereinbart, daß sich die Wirtschafts- und Finanzminister beider Länder in Kürze treffen

sollen, um Probleme der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklungsvorhaben besonders auf dem Gebiete der Stahlindustrie zu erörtern. Ebenfalls von den Finanz- und Wirtschaftsministern soll die französische Anregung zur Ablösung der Dollar-Basis im internationalen Zahlungsverkehr durch die Goldbasis besprochen werden. Von deutscher Seite wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß keine der Lösungen, die diesen Themenkreis betreffen, die internationalen politischen und ökonomischen Verflechtungen stören dürften. Die französische Seite hat dieses Prinzip für die Fortführung der Verhandlungen auf diesem Gebiet akzeptiert.

Der von Großbritannien in letzter Zeit mehrfach geäußerte Wunsch zum Beitritt zur EWG wurde von den deutsch-französischen Gesprächspartnern positiv beurteilt. Es wurde festgestellt, daß die Reise des britischen Premierministers Wilson in die Hauptstädte der EWG-Länder eine gute Plattform für die Erörterung der britischen Vorstellungen bietet und daß man nach Abschluß dieser Reise sowohl bilateral als auch im Rahmen der sechs EWG-Partner die britischen Vorstellungen prüfen werde. Von französischer Seite wurde anerkannt, daß die Erweiterung der EWG durch den Beitritt Großbritanniens oder anderer noch nicht der EWG angehörender Länder im Geiste der römischen Verträge erfolgen sollte. Es wurde von beiden Seiten auch betont, daß weder Paris noch Bonn ein Interesse daran haben könnte, durch eventuelle bilaterale Vorentscheidungen die Atmosphäre im Rahmen der Sechser-Gemeinschaft oder im Zusammenhang mit Beitrittsgesuchen von Ländern außerhalb der EWG zu stören.

Alle diese Fragen sollen in Experten-Gruppen für baldige Entscheidungen bearbeitet werden. Ein nächstes Treffen der Außenminister findet in drei Monaten statt, und in weiteren drei Monaten, etwa Mitte dieses Jahres, werden Staatspräsident de Gaulle und der Bundeskanzler die Ergebnisse der Experten-Besprechungen prüfen und dann Entscheidungen zu treffen haben.

Es besteht kein Zweifel, daß die durchweg positive Beurteilung dieses deutsch-französischen Gipfeltreffens zu einem großen Teil auf die vorbereitende Arbeit zurückzuführen ist, die Außenminister Willy Brandt bereits während der NATO-Ministerratstagung im Dezember vergangenen Jahres geleistet hat. Bei dieser Gelegenheit hatte Brandt sowohl in Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle als auch mit anderen französischen Politikern die Grenzen der möglichen Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn abgesteckt, ohne dabei seine Gesprächspartner darüber im unklaren zu lassen, in welchen Punkten die Bundesregierung anderer Meinung ist als die französische Regierung. Als Folge dieser bereits vor Beginn des letzten Pariser Treffens vorgenommenen Abgrenzung durch den deutschen Außenminister konnte jetzt von der ersten Minute an ohne jede Präliminarien sofort über sachliche Probleme gesprochen werden.

+ + +

## Chance für eine neue Gesundheitspolitik

### Macht das Berliner Beispiel in Bonn Schule ?

Von Herbert Weise

Die Hoffnungen, die man vor fünf Jahren mit der Schaffung eines Bundesgesundheitsministeriums für die Gesundheitspolitik hegen konnte, haben sich nicht erfüllt. Liegt das nur an den verantwortlichen Persönlichkeiten, oder spielt dabei auch die Zersplitterung der Zuständigkeiten für Fragen des Gesundheitswesens eine Rolle?

Allein auf Bundesebene befassen sich mit gesundheitlichen Fragen mehrere Ministerien: Zunächst das Bundesgesundheitsministerium mit seinen relativ begrenzten Zuständigkeiten, weiter der Minister für Arbeit und Sozialordnung, der Minister für Verkehr, der Minister für Wohnungswesen und Städtebau, der Minister für wissenschaftliche Forschung, der Wirtschaftsminister und nicht zuletzt der Finanzminister. Weiterhin hat sich als nachteilig herausgestellt, daß die Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiete der Gesetzgebung für das Gesundheitswesen relativ begrenzt sind.

### Berlin als Beispiel

Die Schwerpunktstellung des Gesundheitswesens im Rahmen der öffentlichen Aufgaben Berlins hat wesentlich dazu beigetragen, daß die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung nach modernen Erkenntnissen gesichert ist und Schwierigkeiten insbesondere auf dem Krankenhaussektor weitgehend überwunden werden konnten, und zwar trotz Vernachlässigung der Gesundheitspolitik auf Bundesebene. Das gilt für das gesamte Krankenhauswesen mit seinen technischen, technischen, finanziellen und personellen Problemen, weiterhin aber auch für die Gesundheitsvor- und fürsorge, die Arbeitsmedizin und den Strahlenschutz, die Verbesserung der Großstadthygiene, die Lebensmittelüberwachung und nicht zuletzt für die Nachwuchssicherung für alle Gesundheitsberufe. Wenn auch Klarheit darüber besteht, daß vom Standpunkt der Bevölkerung der gesamten Bundesrepublik Teillösungen auf Länderebene allein auf die Dauer gesehen unbefriedigend bleiben müssen, so sollten jedoch die bisher gesammelten Erfahrungen auch für die künftige Gestaltung der Berliner Landespolitik genutzt werden: Das Gesundheitswesen muß weiterhin ein Schwerpunkt der Senatspolitik bleiben!

### Neue Impulse aus Bonn ?

Der Bund und die für das Gesundheitswesen zuständigen Verwaltungen der Länder - und auch hier könnte Berlin mitinitiativ werden - müssen gemeinsam versuchen, der Gesundheitspolitik neue Impulse zu geben, die der Wandlung des medizinischen, wissenschaftlichen und sozialen Inhalts des Krankheitsbegriffs seit dem vorigen Jahrhundert Rechnung tragen. Diese gemeinsamen Bemühungen von Bund und Ländern sind bei dem föderalistischen Staatsaufbau notwendig. Sie sind aber auch nur denkbar, wenn auf Länderebene der Gesundheitspolitik eine hervorragende Stellung eingeräumt wird.

Einzelne Initiativen und Ergebnisse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen im Vergleich zu anderen politischen Anliegen als "Stiefkind" behandelt worden ist. Die Länder und insbesondere auch Berlin haben zwar zum großen Teil auf den verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens gute Leistungen aufzuweisen. Man denke dabei nur an die Be-

mühungen um die finanzielle Sicherung der Krankenanstalten durch die Etats- und Investitionspolitik, durch die Festsetzung von Pflegesätzen und Gewährung von Zuwendungen insbesondere für bauliche Zwecke und Beschaffungen. Jedoch wird gerade bei diesem Beispiel besonders deutlich, daß die Bestrebungen der Länder Stückwerk bleiben müssen, solange nicht von Bund die Krankenhausfinanzierung und damit zusammenhängend die Finanzreform gelöst wird.

#### Anspruch auf gesundheitliche Sicherung

Man wird zweifellos bejahen und unterstreichen müssen, daß alle Bürger den gleichen Anspruch auf gesundheitliche Sicherung - qualitativ und quantitativ - haben sollten. Abgesehen von den unterschiedlichen Möglichkeiten, die sich aus unserer nicht mehr zeitgemäßen Sozialversicherung ergeben, sind die Leistungen des öffentlichen Gesundheitswesens für den Bürger von Land zu Land verschieden.

Während beispielsweise in einzelnen Städten die Kinder in jedem Jahr untersucht werden, geschieht das anderwärts nur gelegentlich. Sehr zu bedauern ist deshalb auch, daß das vom Bundestag beschlossene Gesetz über die Jugendzahnpflege vom Bundesrat abgelehnt wurde. Auch für das große Gebiet der öffentlichen Gesundheitsvor- und fürsorge wäre eine gesetzliche Neuordnung zur Ablösung des längst überholten Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens erforderlich, um im Interesse der gleichmäßigen Betreuung des Bürgers ein bundeseinheitliches Verfahren in den staatlichen und kommunalen Gesundheitsämtern zu gewährleisten. Daran ist aber überhaupt nicht zu denken; denn das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens ist Ländersache.

#### Nicht nur Programmpunkte sein...

Die Gesundheitsvor- und fürsorge werden zwar gern als erstrangiges Anliegen herausgestellt, jedoch läßt das Interesse offensichtlich gerade dann nach, wenn nach der Wahl mit den Regierungsgeschäften neu begonnen werden soll. Dementsprechend sind auch die Ergebnisse: Seit 1966 gibt es zwar Vorsorgeuntersuchungen für werdende Mütter als gesetzliche Kassenleistungen, jedoch eben nur für Sozialversicherte oder ihre Angehörigen. Was geschieht aber mit den anderen, die keinen Anspruch bei der Sozialversicherung geltend machen können? Sind diese Menschen etwa weniger betreuungsbedürftig?

Das Jugendarbeitsschutzgesetz, das die obligatorischen Einstellungs- und Nachuntersuchungen mit sich brachte, muß deshalb zwar auch vom gesundheitspolitischen Standpunkt begrüßt werden, jedoch ist zu bedauern, daß die dabei getroffenen Feststellungen nicht ausgewertet werden.

Während die Ausgaben für Genussmittel ständig steigen - 1965 wurden von der Bevölkerung allein für Alkohol und Tabak über 28 Milliarden DM ausgegeben -, ist es bisher nicht möglich gewesen, für die gesundheitliche Volksbelehrung, die den Menschen zu einer gesundheitsfördernden Lebensweise anhalten soll, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Gesundheit kann auch durch Straßen- und Luftverschmutzung, Wasserverunreinigung und Lärm beeinträchtigt werden, zu deren Bekämpfung bisher keine bzw. keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen wurden.

Personelle Sorgen im öffentlichen Gesundheitsdienst und in den Krankenanstalten kommen hinzu.

Wir haben eine neue Bundesregierung in einer Großen Koalition. Das Gesundheitswesen ist erfreulicherweise eigenständig geblieben und steht jetzt unter der Leitung der SPD. Wir erwarten von dieser Regierung und von der Neubesetzung dieses Ministeriums - Käte Strobel und Professor von Manger-König - eine neue Konzeption und damit eine Wende im gesundheitspolitischen Geschehen in der Bundesrepublik. Sie ist aber nur realisierbar, wenn neue Initiativen entwickelt, die Zuständigkeiten auf der Ebene der Bundesministerien nach Möglichkeit gestrafft und die Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiete des Gesundheitswesens für den Bund auch mit dem Ziele der Erweiterung neu geordnet werden. Außerdem müssen die gesundheitspolitischen Anliegen im Interesse des gesamten deutschen Volkes mit den großen Problemen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik abgestimmt werden.

+ + +

#### Ferien für 30 000 betagte Bürger

#### Fünf Jahre hessisches "Altenerholungswerk"

so - Zur Ergänzung des seit 1960 laufenden Hessischen Sozialplanes für alte Menschen wurde im Jahr 1962 das "Hessische Altenerholungswerk" ins Leben gerufen. Für diese Erholungshilfe, die von den kreisfreien Städten, den Landkreisen und den freien Wohlfahrtsverbänden durchgeführt wird, stellte das hessische Arbeits- und Sozialministerium aus Landesmitteln im Rechnungsjahr 1966 rund 950 000 Mark zur Verfügung. Dadurch war es wiederum 7 000 alten und minderbemittelten Bürgern Hessens möglich, einen mehrwöchigen Erholungsurlaub zu erleben.

Die Altenerholungsmittel werden betagten Mitbürgern gewährt, deren monatliches Nettoeinkommen bei Alleinstehenden 300 Mark und bei Ehepaaren 450 Mark zuzüglich der tatsächlichen Wohnungsmiete nicht übersteigt. Der seitherige Landeszuschuß für jeden Teilnehmer von täglich sechs Mark wurde im vergangenen Jahr auf sieben Mark erhöht. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß die Städte und Landkreise sowie die freien Wohlfahrtsverbände zum Teil noch zusätzliche, ohne Landesmittel finanzierte Maßnahmen der Altenerholung durchführen.

Staatsminister Hersath bezeichnete das Altenerholungswerk als einen bedeutsamen Pfeiler des Sozialplanes für alte Menschen. Im Startjahr 1962 stellte das Land für die Erholungshilfe 200 000 Mark zur Verfügung. Dadurch erhielten erstmals 2 400 alte Bürger einen mehrwöchigen Urlaub. 1963 wurden die Mittel auf 500 000 Mark, 1964 auf 750 000 Mark und 1965 auf 850 000 Mark erhöht. Zusammen mit den 950 000 Mark im Jahr 1966 stellte das Land Hessen für diesen Zweck bisher 3,25 Millionen Mark zur Verfügung. Ende 1966 waren es rund 30 000 alte Menschen, denen seit 1962 mit Hilfe dieser Zuschüsse mehrwöchige Erholungsaufenthalte - oft die ersten ihres Lebens - ermöglicht wurden.

+ + +

### Nach dem Regierungswechsel

Auf dem Wege zu einem modernen Griechenland

Von Dr. Basil P. Katiopoulos

Griechenland hat während der letzten dreißig Jahre viel gelitten und mußte wiederholt erleben, daß seine positiv begonnenen Anstrengungen auf dem Gebiet des Wiederaufbaus und der Modernisierung seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsformen abrupt gestoppt wurden. Das griechische Volk stellte aber unter Beweis, daß es nicht nur über die Möglichkeiten verfügte, den strukturellen Änderungen der westeuropäischen Vorbilder nachzueifern, sondern auch über das geistige und politische Potential, den eingeschlagenen Weg zu beenden. Dennoch zeitigten die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges eine unklare politische Situation, die nicht parallel zur allgemeinen Entwicklung verlief. Die tiefe politische Krise, die das Land seit Sommer 1965 erschütterte, scheint nun beigelegt. Wenn nach den Wahlen, die voraussichtlich im Mai dieses Jahres stattfinden werden, die politische Normalität wieder hergestellt sein wird, dann wird Athen die Aufgaben, die ihm innerhalb der Gemeinschaft der verbündeten Völker zukommen, erfüllen können.

Die neue Übergangsregierung, die parlamentarisch von den Parteien der Mitte, der Zentrumsunion und der konservativen ERE unterstützt wird, wird die Wahlen vorbereiten und mit einem neuen Wahlgesetz, dem Verhältniswahlsystem, durchführen. Papandreou sprach dieser Regierung das Vertrauen seiner Partei aus, betonte im Parlament aber - in dem er das erste Mal seit 15 Monaten wieder erschienen war -, dieses Vertrauen bedeute, daß die Regierung ihr vor dem Parlament gegebenes Wort, freie und korrekte Wahlen durchzuführen, auch halten müsse. Er wies darauf hin, daß die Person des Ministerpräsidenten Paraskevopoulos eine Garantie dafür sei, daß die Vergangenheit seiner Minister aber Skepsis und Zurückhaltung geboten erscheinen lasse. Papandreou verlangte, daß von dem Tage der Auflösung des Parlaments an - 45 Tage, die Zeit des Wahlkampfes -, die überall im Lande stationierte Sicherheitspolizei (TEA) entwaffnet und die neuen Wahllisten einer überparteilichen Kontrolle unterworfen werden. Er fügte hinzu, daß, sollte es versucht werden, den Wählerwillen in irgendeiner Form zu unterdrücken, seine Partei der Regierung das Vertrauen entziehen werde und darüberhinaus das ganze Volk sich dagegen auflehnen werde. Seine Forderung nach einem frühest möglichen Wahltermin wurde von dem Führer der Konservativen,

Professor Kanellopoulos, unterstützt, wie auch sogar von Stefanopoulos, dem Führer des liberalen Zentrums, der mit seinen 43 Abgeordneten gegen die Regierung Paraskevopoulos stimmte.

Politische Kreise in Athen interpretieren die neueste Entwicklung mit dem Hinweis, daß die Haltung Papandreous, die Übergangsregierung zu unterstützen, das Land aus der Sackgasse herausführe und von den konkreten Gefahren einer außerparlamentarischen Lösung befreie. Die Gruppe innerhalb der Zentrumsunion, die dagegen war, diese Regierung zu unterstützen und diese Haltung damit begründete, daß wenig Garantien für den korrekten Ablauf der Wahlen gegeben seien, hat sich schließlich der Mehrheit unter der Führung der Partei angeschlossen. Dieselben Kreise unterstreichen, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre und den Konsequenzen der Wahlfälschungen 1964, die Karamanlis zwei Jahre später sein Amt kosteten, eine Wiederholung dieses Experimentes theoretisch zwar möglich, praktisch aber ausgeschlossen sei. Eine Säuberung im politischen Leben kann nur bei klaren Situationen durchgeführt werden; und keine parlamentarische Partei könnte es sich erlauben, eine Erbschaft anzutreten zu wollen, deren bitteren Früchte das Land während der letzten Jahre zur Genüge kennengelernt hat.

In Griechenland hat nun auch die neue Nachkriegsgeneration ein Recht, die Zukunft des Landes mitzubestimmen, eine Generation, die von den Sünden der Vergangenheit nicht berührt ist. Diese Generation, die den Integrationsbestrebungen aufgeschlossen gegenübersteht und aus Griechenland einen modernen europäischen Staat machen will, wird ihre politische Anwesenheit bei den Wahlen mit ihren Stimmen unübersehbar machen. Eine entscheidende Rolle bei den Wahlen wird den Reform-Gesetzen für Erziehung und die Landwirtschaft zukommen, die die Partei der Zentrumsunion während ihrer Regierungszeit verabschiedet und eingeführt hat. Da die Bauern immer noch 42 Prozent der berufstätigen griechischen Bevölkerung ausmachen, ist die Meinung politischer ausländischer Kommentatoren, die Partei Papandreous habe Chancen, die absolute Mehrheit bei den Wahlen zu erreichen, durchaus verständlich. Wenn damit das politische Problem gelöst sein wird, stehen Griechenland alle Möglichkeiten offen, die begonnene Modernisierung seiner wirtschaftlichen Struktur zu vollenden.